

Allez les enfants! Alle Schulkinder sollen zum Austausch in die Romandie

Sprachprojekt Es soll nicht gleich ein Welschlandjahr werden, aber die Zürcher Jugend soll in ihrer Schulkarriere mindestens einmal mit französischsprachigen Gspännli in Kontakt kommen.

Pascal Unternährer (Text) und Urs Jaudas (Foto)

Ein bisschen Chaos, eine Prise Charme, undefinierte Ambition und ein Hauch von Theater. So könnte man die Willensnation Schweiz beschreiben, oder in diesem Fall: die viersprachige Schweiz.

Am Montag haben Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (man bemerke den doppelsprachigen Namen!) und die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner die 1. nationale Austauschwoche eröffnet. Dies geschah im Landesmuseum neben dem Zürcher Hauptbahnhof in Anwesenheit von Schulklassen aus dem Kanton Zürich und aus Freiburg. Parallel dazu fand ein zweiter Anlass in der Westschweizer Museumsniederlassung im Château de Prangins VD statt, wo Nationalratspräsident Martin Candinas aus dem teils rätoromanischen Graubünden und der Waadtländer Bildungsdirektor Frédéric Borloz anwesend waren. Das Tessin blieb diesmal aussen vor.

Die gut gelaunte Schweiz

Trotzdem war die Stimmung feierlich, auf einem Bildschirm schaltete sich ab und zu Prangins zu, es klappte meist ganz gut. Auch improvisiertes Theater wurde gespielt – mit Schülerbeteiligung und vielen Lachern.

Bundesrätin Baume-Schneider erzählte gut gelaunt Anekdoten zum Thema. Sie sprach mal auf Deutsch, mal en français von den montagnes, von der Schokolade, dem fromage oder auch der précision des montres und dem pünktlichen ÖV – alles Attribute der Schweiz.

In vier Autostunden könne man vier Sprachen erleben, und trotzdem spiele die Vielsprachigkeit in der nunmehr 175-jährigen Bundesverfassung nur eine geringe Rolle, sagte die Bundesrätin aus dem Kanton Jura.

Einmal sei sie länger in Büllach gewesen – sie sagte «z Bülligsi». Und ihr Sohn habe an einem Sprachaustausch in Basel teilgenommen. Was offenbar am meisten geblieben ist: In Basel durften die beiden Jungs immer Pommes Chips essen, sodass Mutter Baume-Schneider sich genötigt sah, auch beim Gegenbesuch stets Chips zur Verfügung



Sprachen im Gepäck: Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider und die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner.

In der ganzen Schweiz sind bis Ende Woche 2500 Jugendliche aus allen Kantonen involviert.

zu stellen – Kulturentgegenkommen à la jurassienne.

Auch Silvia Steiner gab eigene Erlebnisse zum Besten: So ging sie nach der Matur mit Kolleginnen eine Woche nach Rolle VD zur Wümmet. «Ich verdiente dabei sogar noch 100 Franken», erzählte sie am Rande der Veranstaltung. Und sie hat die Waadtländer Küche kennen und lieben gelernt, wie sie sagt, zum Beispiel die lokalen Würstwaren, den Saucisson vaudois. Um ihr Französisch aufzufrischen, bevor sie Präsidentin der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) wurde,

nahm sie zwei Wochen Privatunterricht in Montreux. Das seien stets erspriessliche Erlebnisse gewesen, so Steiner.

Zürich setzt auf die Waadt

Olivier Tschopp sprach im Landesmuseum von einem nationalen Feuerwerk. Tschopp ist Direktor von Movetia. Die nationale Agentur für Austausch und Mobilität organisiert diese erste grosse Austauschwoche.

Sie alle wollten die heutige Schuljugend auf den Geschmack bringen. Denn die Schweiz hat viel vor, vor allem der Kanton Zü-

rich. So unterzeichnet am Dienstag Silvia Steiner mit einer Vertretung aus dem Kanton Waadt eine Kooperationserklärung für die Volksschule. Ein ähnliches Papier für die Berufsbildung besteht schon seit zwei Jahren, ein Abkommen für die Mittelschulen wird nächstes Jahr unterschrieben.

Das erklärte Ziel lautet gemäss Steiner: Jede Zürcher Jugendliche und jeder Zürcher Jugendliche soll im Verlauf der Schulkarriere einmal im Austausch in der Romandie sein, insbesondere in der Waadt. Es soll nicht unbedingt wie früher ein Welschlandjahr sein, aber immerhin mindestens eine Woche. Gefördert werden soll das Verständnis zwischen den verschiedenen Landesteilen. Deutschschweizer Kinder sollen erfahren, wie ihre welschen Kolleginnen und Kollegen ticken, und umgekehrt. Und sie sollen natürlich die Sprache der anderen üben.

2500 Jugendliche unterwegs

Eine abgespeckte Version des Grossvorhabens findet diese Woche im Kulturhaus Gleis 21 in Dietikon statt. Dort läuft ein Programm mit spielerischen Französisch-Lektionen, geführten Sprachbegegnungen, Impro-Theatervorstellungen oder Zoom-Meetings mit Partnerklassen aus der Waadt. 25 Zürcher Schulklassen mit 500 Schülerinnen und Schülern haben sich angemeldet, es reicht von 5. Primarklassen bis zu 3. Sekundarklassen. In der ganzen Schweiz sind bis Ende Woche 2500 Jugendliche aus allen Kantonen involviert. Die im Landesmuseum anwesende Oberstufe aus dem Freiburger Quartier Jolimont wird im März eine Woche bei den Gleichaltrigen in Hausen am Albis sein, wie die Klassenlehrerin sagt.

«Soyez curieux», forderte Bundesrätin Baume-Schneider die Jugendlichen auf. Seid neugierig. Und sie wurde in ihrer Rede noch ambitionierter: Menschen kennen zu lernen, die vielleicht 100 Kilometer weit entfernt wohnen, aber anders sprachen, sei «ein erster Schritt zu mehr Weltoffenheit, jenseits aller Grenzen, weit über die Kontinente hinaus». Das allerdings sei anstrengend, so die Bundesrätin weiter. «Vielen Dank, dass ihr eure Komfortzone verlasst.»

Badran ärgert sich über Musik im Bus

VBZ Seit diesem Sommer darf das Fahrpersonal während der Arbeit Musik hören. Der SP-Nationalrätin passt das gar nicht.

Jacqueline Badran ist die bestgewählte Nationalrätin und begeistert Menschen über die Parteigrenzen hinweg. Doch derzeit erntet die SP-Politikerin in einer Sache gerade wenig Zustimmung.

Die 62-Jährige empörte sich am Samstagnachmittag über einen Busfahrer der Zürcher Verkehrsbetriebe (VBZ) und tat ihren Ärger auf X kund. «Seit wann genau, liebe VBZ, ist es erlaubt, dass im Fahrerstand Heavy Metal bis Ethnopedal läuft und die Leute im Bus ungefragt mit einem Soundteppich belästigt werden?», schrieb Badran. Ob man je darüber abgestimmt habe, fragt sie. Und: «Absolut niemand ausser dem Chauffeur findet das gut.»

Die VBZ reagierten auf X nicht auf Badrans Tweet, dafür aber 150 andere Userinnen und User. Die allermeisten zeigten wenig Verständnis für die Nationalrätin: «Der Job ist doch trist genug, da versteh ich das mit dem Sound schon. Auch wenns Radiopedal ist.» Andere empfahlen Badran, Kopfhörer zu tragen oder mit dem Chauffeur das Gespräch zu suchen, statt ihrem Frust in den sozialen Medien freien Lauf zu lassen. Und auch Parteikolleginnen widersprechen Badran: Samira Marti, die Baselland im Nationalrat vertritt, schreibt: «Also in Basel war das eine gewerkschaftliche Erfolgsgeschichte.»

In Basel schon länger erlaubt

Marti weist darauf hin, dass es die Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) bereits 2021 erlaubt hatten, beim Fahren Musik zu hören. Bisher haben die BVB damit gute Erfahrungen gemacht. Und in diesem Frühling haben die VBZ ein entsprechendes Pilotprojekt angekündigt. Demnach dürfen Busfahrerinnen und Trampiloten seit den Sommerferien via einen Bluetooth-Lautsprecher während des Fahrens Musik hören. Die VBZ haben sämtliche Fahrzeuge mit entsprechenden Haltern ausgerüstet. Erlaubt ist das Musikhören bei begrenzter Lautstärke. Podcasts oder Liveübertragungen von Sportanlässen dürfen nicht gehört werden. Ausserdem dürfen die Fahrerinnen und Fahrer die Geräte beim Fahren nicht bedienen, und Kopfhörer sind verboten. Diese Regelung haben die VBZ zusammen mit ihren Sozialpartnerinnen erarbeitet. Das Ziel war es, den Beruf attraktiver zu machen, denn den VBZ fehlt es massiv an Fahrpersonal.

Die bisherigen Rückmeldungen der Fahrerinnen und Fahrer auf die neuen Möglichkeiten seien durchwegs positiv, sagt VBZ-Sprecher Oliver Obergfell auf Anfrage. Von Kundinnen und Kunden habe man kaum negative Rückmeldungen erhalten. Die VBZ hätten bisher aber noch keine Auswertung vorgenommen, sagt Obergfell. Das Pilotprojekt läuft noch bis im Sommer des nächsten Jahres. Den Tweet der Nationalrätin wolle er nicht kommentieren, sagt Obergfell. Der VPOD wollte sich auf Anfrage dazu ebenfalls nicht äussern.

Auch Jacqueline Badran schweigt inzwischen. Sie hat auf keine der 150 Antworten auf ihren Tweet reagiert, ebenso wenig auf mehrere Anfragen dieser Redaktion. (zac)

Zu alt, zu homogen: Universitätsrat passt dem Parlament nicht

Uniführung Fast hätte der Kantonsrat die vom Regierungsrat gewählten Ratsmitglieder nicht bestätigt.

Ausgerechnet der Universitätsrat, also das Gremium, das die Geschichte der Uni Zürich lenkt und über die Ausbildung von Tausenden jungen Menschen mitbestimmt, hat aktuell ein Durchschnittsalter von 66 Jahren. Das sorgt im Kantonsparlament für Unmut. Die Mitglieder für den Unirat sucht der Regierungsrat, das Parlament darf die Wahl nur absegnen.

Für die Amtsdauer 2023 bis 2027 wäre diese gestern beinahe abgelehnt worden. «Wir wün-

schens uns einen diverseren Universitätsrat», sagte Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen). Sie könne sich nicht vorstellen, dass der Regierungsrat nicht auch jüngere Kandidierende hätte finden können.

Hinzu kommt: Der Regierungsrat selbst hat die Regel aufgestellt, dass Mitglieder des Unirats bei ihrer Wahl unter 70 sein müssen. Im neuen Unirat sind aber gleich zwei Personen älter als 70. Der Regierungsrat beruft sich auf eine Ausnahmeregelung,

«um die Kontinuität sicherzustellen». Das liessen die Kritiker nicht gelten. Marc Bourgeois (FDP, Zürich) bezeichnete das gesamte Selektionsverfahren als intransparent. So würden offene Sitze nicht öffentlich ausgeschrieben: «Das muss sich ändern.»

Blockierter Rat schade der Uni

Zwei Anträge standen gestern zur Diskussion. Die SP wollte das Geschäft als Ganzes an den Regierungsrat zurückweisen, «weil wir

nicht einzelnen Personen die Wahl verwehren wollen», wie Sibylle Jüttner sagte. FDP, SVP und EVP beantragten, nur die beiden über 70 Jahre alten Mitglieder nicht zu bestätigen.

Dass es am Ende nicht so weit kam, lag zum einen daran, dass Bildungsdirektorin Silvia Steiner zusicherte, Sitze im Unirat künftig öffentlich auszuschreiben: Auch die Abschaffung der Alterslimite will Steiner prüfen. Zum anderen fand die Parlaments-

mehrheit, es schade der Uni dann doch zu sehr, wenn der Rat nicht arbeiten könne.

Der Rückweisungsantrag wurde mit 96:57 Stimmen abgelehnt. Nein zur Wahl der beiden über 70-Jährigen sagten nur die AL und ein Teil der Grünen; die beiden wurden mit 130 respektive 135 Stimmen bestätigt. «Aber ein weiteres Mal werden wir das nicht tun», warnte Marc Bourgeois.

Liane Minor